

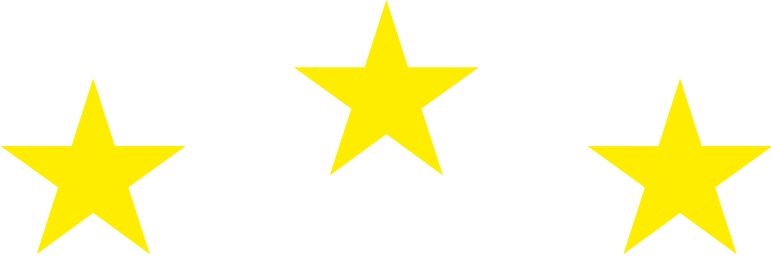


**NEUE
KRAFT.
NEUER
MUT.**



**WAHL ZUM EUROPÄISCHEN
PARLAMENT 2019**



44. ordentlicher Bundesparteitag • 24. und 25. November 2018 • Messe Wels



Die KandidatInnen für die Wahl zum Europäischen Parlament 2019..... 4

Präsentation: Die ersten elf KandidatInnen 8

Leitantrag 3: Es geht um ein Europa der Menschen..... 13



	Name	Geburtsjahr	Beruf	Bundesland bzw. Organisation
1	SCHIEDER Mag. Andreas	1969	Abgeordneter zum Nationalrat	ZN
2	REGNER Mag. ^a Evelyn	1966	Mitglied des Europäischen Parlaments	GewSPÖ/Wien
3	SIDL Dr. Mag. Günther Wilfried	1975	Landtagsabgeordneter, Angestellter	Niederösterreich
4	VOLLATH Dr. ⁱⁿ Bettina Marlis	1962	Landtagspräsidentin	Steiermark
5	HEIDE Hannes	1966	Bürgermeister	Oberösterreich
6	HERR Julia Elisabeth	1992	Angestellte	ZN
7	DAX Mag. Christian Alexander, LL.M., BA	1988	Rechtsanwalt	Burgenland
8	MÖSL Stefanie, MA	1985	Angestellte	Salzburg
9	KAISER Luca Peter Marco	1994	Parlamentarischer Mitarbeiter	Kärnten
10	MUIGG Theresa, MA, BA	1984	Angestellte	Tirol
11	HEINRITZ Mag. Nathaniel Robert	1988	Jurist	Vorarlberg

12	KAUER Michaela, MBA	1966	Angestellte	Wien
13	GÖSSL Dr. Mag. Martin Johannes	1983	Dozent	Steiermark
14	ZVONIK Melanie	1994	Studentin	Niederösterreich
15	KATTNIG Thomas	1967	Verwaltungsbeamter	GewSPÖ
16	GÖNTGEN Marlene Viktoria, BA	1991	Parlamentarische Mitarbeiterin	Oberösterreich
17	AIGNER Mag. Tobias, LLB.oec.	1988	Rechtsreferent	Salzburg
18	BOYNEBURG-LENGSFELD-SPENDIER Mag. ^a Susanne Claudia	1967	Hotelière	Kärnten
19	NEHER Marco Andreas, MA, MBA	1985	Kommunikationsberater	Tirol
20	VISNJIC Lejla	1999	Studentin	Burgenland
21	STERNFELD Mag. Raphael, MAS	1978	Angestellter	Wien
22	KOCH Elisabeth	1988	Angestellte	Steiermark
23	SCHUH DI (FH) Christian Karl	1992	Konstrukteur	Niederösterreich

24	DIB Mag. ^a Ilia	1984	Angestellte	ZN
25	HUBMANN Mag. Dr. Georg Immanuel	1980	Leiter des Jahoda-Bauer Institutes	Oberösterreich
26	ZANGERL Patricia Theresia	1979	Diplomierte Krankenpflegerin	Vorarlberg
27	SCHWARCZ BREUER Johannes Franz	1976	Flugbegleiter	GewSPÖ
28	DUZDAR Mag. ^a Muna	1978	Abgeordnete zum Nationalrat, Rechtsanwältin	Wien
29	KOLLER Harry	1970	Leiter Renner-Institut Kärnten	Kärnten
30	SCHMID Jeannine, BA	1990	Ergotherapeutin	Niederösterreich
31	HALB Fabio	1997	Bankkaufmann	Burgenland
32	HUBER Eveline	1970	Angestellte	Salzburg
33	SCHENNACH Stefan	1956	Kulturmanager, Buchautor	Wien
34	REISECKER Sophia, BA	1989	Abteilungsleiterin	GewSPÖ
35	SCHMID Felix	1995	Student	Steiermark

36	ANDREE Nina	1994	Studentin	Oberösterreich
37	KÖGL Michael	1991	Angestellter	Niederösterreich
38	BIELOWSKI Christina	1985	Gastronomin	Tirol
39	KREUZER Gerald	1974	Gewerkschaftssekretär	GewSPÖ
40	GARFIAS Camila del Pilar, BA	1994	Angestellte	ZN
41	ZELLER Roman David, MSc, LL.M., BSc, LL.B.	1988	Bankangestellter	Wien
42	KATSULIS Patricia Margit	1990	Bürokauffrau	Niederösterreich



**Präsentation:
Die ersten elf
KandidatInnen**



Andreas Schieder

Listenplatz 1

Geboren am 16.4.1969 in Wien. Studium der Volkswirtschaft. Ab Oktober 2006 Nationalratsabgeordneter. Von Juli 2008 an Staatssekretär im Bundeskanzleramt, dann im Finanzministerium. Ab Oktober 2013 SPÖ-Klubobmann, von November 2017 bis Oktober 2018 gf. Klubobmann der SPÖ.



Warum will ich kandidieren?

Weil ich dazu beitragen will, Europa zu verändern. Nur wenn wir das Soziale stärken, wird die Union zur Herzensangelegenheit.

Welches Mitbringsel aus Österreich will ich nach ganz Europa tragen?

Viele Manner-Schnitten 😊... Der soziale Zusammenhalt in Österreich muss Vorbild für ganz Europa werden.

Wenn ich eine Sache an der EU verändern könnte, was wäre das?

Die erste Bildung für jedes Kind in Europa zu garantieren.



Evelyn Regner

Listenplatz 2

Geboren am 24.1.1966 in Wien. Studium der Rechtswissenschaften. Seit Juli 2009 Europaabgeordnete und seit 2015 Leiterin der SPÖ-EU-Delegation. Zuvor leitete sie das EU-Büro des ÖGB in Brüssel.



Warum will ich kandidieren?

Ich will daran arbeiten, dass Europa gerechter wird. Und das Europa-Parlament ist der richtige Ort dafür. Denn ich weiß, welchen großen Unterschied es macht, wer über faire Steuergesetze, über vernünftige Arbeitsbedingungen und Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe verhandelt.

Welches Mitbringsel aus Österreich will ich nach ganz Europa tragen?

Den Goethehof, weil ich eine Kaiserin bin. Von einem sozialen Wohnbau mit modernen, ökologischen und bezahlbaren Wohnungen wie in diesem Wiener Gemeindebau können viele Menschen in Großstädten wie Paris, Amsterdam oder London nur träumen.

Wenn ich eine Sache an der EU verändern könnte, was wäre das?

Die Menschen müssen schneller von Entscheidungen auf EU-Ebene profitieren.



Günther Sidl

Listenplatz 3

Geboren am 19.3.1975 in St. Pölten. Studium der Politikwissenschaften. Seit 2013 Landtagsabgeordneter in Niederösterreich und Direktor der Volkshochschule Wiener Urania.

Warum will ich kandidieren?

Ich kandidiere, weil es eine starke Sozialdemokratie braucht, um die Hochsaison der Demagogen und Rechtspopulisten in Europa zu beenden.

Wenn ich eine Sache an der EU verändern könnte, was wäre das?

Wir brauchen ein starkes soziales Europa. Es dürfen nicht nur Wirtschafts- und Handelsinteressen im Vordergrund stehen.

Welches Mitbringsel aus Österreich will ich nach ganz Europa tragen?

Aus dem Mostviertel nehme ich mit: den Top-Qualitätsstandard und hohen Bio-Anteil unserer Lebensmittel sowie das klare Bekenntnis zu Wasser als öffentliches Gut.



Bettina Vollath

Listenplatz 4

Geboren am 29.10.1962 in Graz. Juristin. Zwischen 2005 und 2015 steirische Landesrätin u.a. für Bildung, Gesundheit, Frauen und Finanzen. Seit 2015 erste Landtagspräsidentin in der Geschichte der Steiermark.

Warum will ich kandidieren?

Eine positive Weiterentwicklung der Steiermark ist nur in einer stabilen zukunftsorientierten EU möglich.

Wenn ich eine Sache an der EU verändern könnte, was wäre das?

Vorhandene Demokratie-Defizite müssen behoben werden. Nur so können wir das Vertrauen der BürgerInnen gewinnen.

Welches Mitbringsel aus Österreich will ich nach ganz Europa tragen?

Die Steiermark hat sich der „Charta des Zusammenlebens in Vielfalt“ verschrieben, die auch auf andere europäische Regionen umgelegt werden kann.



Hannes Heide

Listenplatz 5

Geboren am 17.10.1966 in Bad Ischl. PR-Berater und Kulturmanager. Obmann der Kulturplattform Bad Ischl. Geschäftsführer der Lehar-Theater Ges.m.b.H. Seit 2007 Bürgermeister von Bad Ischl.

Warum will ich kandidieren?

Ich spüre, dass es schon zu viele gibt, die das Projekt eines gemeinsamen Europas zerstören wollen.

Wenn ich eine Sache an der EU verändern könnte, was wäre das?

Ich würde eine Politik für jene machen, die nicht zu den Gewinnern der Globalisierung gehören, die soziale Säule stärken und den Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping sowie Steuerflucht führen.

Welches Mitbringsel aus Österreich will ich nach ganz Europa tragen?

Als Bürgermeister habe ich das Ohr bei den Menschen und ich weiß, dass das auch in der Europa-Politik entscheidend sein wird.



Julia Herr

Listenplatz 6

Geboren am 28.11.1992 in Sigleß, Burgenland. Studentin der Soziologie. Seit 2014 SJ-Vorsitzende und somit erste Frau an der Spitze der SJ. Von 2016 bis 2018 Vorsitzende der Bundesjugendvertretung.

Warum will ich kandidieren?

Weil Schluss sein muss mit der EU der Banken, der Konzerne, des Steuerbetrugs. Das Wohlergehen einer halben Milliarde Menschen muss über die Profitinteressen einiger Weniger gestellt werden.

Wenn ich eine Sache an der EU verändern könnte, was wäre das?

Ich würde eine Gewinnsteuer von 25 Prozent für Großkonzerne einführen. Dieses Geld würde ich in die Ausbildung von jungen Menschen investieren.

Welches Mitbringsel aus Österreich will ich nach ganz Europa tragen?

Den österreichischen Sozialstaat, auf den wir stolz sein können.



Christian Dax

Listenplatz 7

Geboren am 13.2.1988 in Güssing. Jurist. Referent im Amt der Burgenländischen Landesregierung. Seit 2017 Landesgeschäftsführer der SPÖ Burgenland.

Warum will ich kandidieren?

Ich kann mir ein Österreich ohne EU nicht mehr vorstellen. Ich will für die europäische Idee kämpfen und aktiv meinen Teil dazu beitragen, dass die EU besser wird.

Wenn ich eine Sache an der EU verändern könnte, was wäre das?

Die europäischen Regionen müssen gestärkt werden, weil sie wichtig für die Identität der Menschen sind.

Welches Mitbringsel aus Österreich will ich nach ganz Europa tragen?

Die burgenländische Mentalität. Wir sind ein kleines Land, in dem die unterschiedlichsten Kulturen und Minderheiten friedlich zusammen leben.



Stefanie Mösl

Listenplatz 8

Geboren am 23.3.1985 in Salzburg. Produktentwicklerin mit einem Masterstudium Molekulare Biologie. Seit 2018 Landtagsabgeordnete und Bereichssprecherin für u.a. Bildung, Kunst, Kultur, Innovation und Wissenschaften.

Warum will ich kandidieren?

Ich bin überzeugt: Nur eine starke EU sichert Frieden und Wohlstand. Dafür möchte ich mich einsetzen.

Wenn ich eine Sache an der EU verändern könnte, was wäre das?

Ganz wichtig ist eine Vereinheitlichung der Sozialleistungen für Kinder und Familien – damit alle eine gute Ausbildung und die gleichen Chancen erhalten.

Welches Mitbringsel aus Österreich will ich nach ganz Europa tragen?

Die Bergwelt: In den Bergen wie in der Politik kommt man gemeinsam am weitesten, mit Rücksicht und Respekt auf- und füreinander.



Luca Kaiser

Listenplatz 9

Geboren am 21.6.1994 in Klagenfurt. Seit 2013 Student der Politikwissenschaften und Parlamentarischer Mitarbeiter im SPÖ-Klub.

Warum will ich kandidieren?

Ich bin Teil einer europäischen Jugend, die nicht mehr in Grenzen denkt und diese ablehnt, die in Frieden und mit den Werten Freiheit, Gleichheit und Solidarität aufgewachsen ist. Wir sind nicht bereit, uns das jemals wieder nehmen zu lassen.

Wenn ich eine Sache an der EU verändern könnte, was wäre das?

Wir wollen ein Europa, das die Menschen vor Konzerninteressen schützt.

Welches Mitbringsel aus Österreich will ich nach ganz Europa tragen?

Exportieren wir von Kärnten aus das Glyphosat-Verbot nach ganz Europa.



Theresa Muigg

Listenplatz 10

Geboren am 15.6.1984 in Schwaz in Tirol. Masterstudium Erziehungs- und Bildungswissenschaften. Seit 2005 Angestellte beim AMS Tirol.

Warum will ich kandidieren?

Es waren sozialdemokratische Errungenschaften, die mir die Chance gegeben haben, mein Leben positiv zu verändern. Diese Chance wünsche ich mir für alle Menschen!

Wenn ich eine Sache an der EU verändern könnte, was wäre das?

Wir brauchen in Europa faire Berufs- und Bildungschancen für Jugendliche und mehr Schutz für die Rechte der ArbeitnehmerInnen.

Welches Mitbringsel aus Österreich will ich nach ganz Europa tragen?

Ich bringe „die Nordkette“ aus Tirol nach Europa, als Symbol für eine Urbanität, die aus der Tradition lernt, und als Symbol für Diversität und den Tiroler Weitblick.



Nathaniel Heinritz

Listenplatz 11

Geboren am 22.6.1988 in Feldkirch. Diplomstudium der Rechtswissenschaften. Seit 2017 in der Arbeiterkammer Vorarlberg, Abteilung Arbeitsrecht. Seit 2018 stv. Vorsitzender der JG Vorarlberg.

Warum will ich kandidieren?

Die Stimme der ArbeitnehmerInnen findet auf EU-Ebene zu wenig Gehör – das möchte ich ändern!

Wenn ich eine Sache an der EU verändern könnte, was wäre das?

Die EU muss neben der Wirtschaftsunion eine zweite tragende Säule bekommen und sozialen Rechten Vorrang geben.

Welches Mitbringsel aus Österreich will ich nach ganz Europa tragen?

In Vorarlberg gibt es ein Dialektwort, welches für Anständigkeit und Ehrlichkeit gebraucht wird: „ghörig“. Diesen Spirit werde ich nach ganz Europa tragen.



**Leitantrag 3:
Es geht um ein Europa
der Menschen**

SPÖ-Bundespartei Vorstand

Leitantrag 3

Es geht um ein Europa der Menschen Denn wer Europa liebt, muss Europa verändern

Die Europäische Union ist eine der größten zivilisatorischen Errungenschaften der Menschheitsgeschichte. Sie war die Antwort auf verheerende Kriege und hat unserem Kontinent Freiheit, Sicherheit, Stabilität, Wohlstand und viele Vorteile gebracht, die ohne sie undenkbar gewesen wären. Mit der Gründung der Europäischen Union war ein Versprechen verbunden: Uns allen sollte es mit und durch die Europäische Union besser gehen.

Tatsächlich wurde viel erreicht. Doch was uns noch vor wenigen Jahren als ein Projekt für die Ewigkeit erschien, ist brüchig geworden. Nationalismus, Chauvinismus und viele Jahre des Sozialabbaus haben die Union ins Wanken gebracht. Ihre Zukunft ist heute unsicherer als jemals zuvor. Wer gegen die Europäische Union als solche agitiert, gefährdet diese Errungenschaften. Dem treten wir entschieden entgegen. Denn wir SozialdemokratInnen wissen, dass wir ein gerechteres und soziales Europa nur gemeinsam erreichen werden. Die Bekämpfung der globalen Klimaerwärmung, die Herausforderungen durch Digitalisierung und Globalisierung sowie die Zählung und Neugestaltung der Finanzmärkte werden wir nur durch mehr Zusammenarbeit bewältigen. Engstirniger Nationalismus kann und wird auf die großen Fragen unserer Zeit keine Antworten liefern. Er macht uns am Ende alle ärmer. Europa ist dann stark, wenn es zusammenhält und gemeinsam Ziele verfolgt.

Gleichzeitig dürfen wir aber nicht den Fehler machen, jeder Kritik an der Politik der Europäischen Union ein Infragestellen des friedlichen Miteinanders zu unterstellen. Sonntagsreden von der Friedensunion genügen nämlich nicht als Glücksversprechen. Generationen, die ohne Krieg aufgewachsen sind und die mit prekären und zunehmend instabilen Job-, Bildungs- und Lebensperspektiven leben, sind vielfach skeptisch geworden gegenüber dem Europäischen Traum. Wer Europa nicht verbessern will, nimmt das Ende des europäischen Projektes in Kauf. Denn die Kritik ist vielfach berechtigt. Wir müssen heute feststellen, dass das Wohlstandsversprechen der EU nicht für alle gehalten wurde.

Europa hat den Kuchen vergrößert – wir müssen ihn aber gerecht verteilen

In den letzten Jahrzehnten wurde das Gewinnstreben von der Realwirtschaft zunehmend zur Finanzwirtschaft verlagert. Märkte wurden entfesselt und ein Finanzmarkt geschaffen, der sich längst jeder politischen Steuerung entzogen hat. Dem Primat der wirtschaftlichen Freiheit wurden viel zu oft soziale Standards, Arbeitsrechte und die gesellschaftliche Teilhabe der arbeitenden Menschen geopfert. Millionen EuropäerInnen wurden in der Finanzkrise alleine gelassen. Vielen jungen Menschen wurde die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben mit Arbeit, von der man leben kann, genommen. Die Europäische Union hat sich auf Budgetdefizite, Wettbewerbsfähigkeit und Inflation konzentriert. Umwelt, Bildung, Vollbeschäftigung, Armutsbekämpfung, Inklusion und Soziales – also all das, was das Leben in Europa so lebenswert macht – wurde dem untergeordnet. Anstatt das europäische Modell in die Welt zu tragen, hat sich die EU zu oft am Wettbewerb nach unten beteiligt.

Geholfen hat dies den Konzernen und deren Profiten, aber nicht den Menschen. Mit dem Vorwurf, die politischen EntscheidungsträgerInnen der Europäischen Union haben erst reagiert, wenn die Banken in Gefahr waren, nicht aber tausende Arbeitsplätze, müssen wir uns auseinandersetzen. Wer diese Vorwürfe ignoriert, macht das Geschäft der RechtspopulistInnen. Europa hat den Wohlstand vergrößert, nicht aber für dessen gerechte Verteilung gesorgt.

Auf dieser Welle der Kritik können die Rechten und RechtspopulistInnen surfen und ihre Agenda vorantreiben. Sie wollen den Menschen weismachen, die Union sei nicht in der Lage, ihre Interessen zu vertreten, und nur eine Renationalisierung der Politik könne die Lösung sein. Dahinter steckt aber nicht mehr als das, was wir von den Rechten und Neoliberalen schon immer hören: weniger Staat, mehr Privat.

In einer derart globalisierten Welt, wie wir sie heute erleben, brauchen wir die Europäische Union – sei das bei der Besteuerung weltweit agierender Unternehmen und Konzerne, beim Schutz der Umwelt, bei Forschung, Innovation und Produktion, aber auch bei Investitionen in große

Infrastrukturprojekte. Kurz gesagt: Um die Globalisierung zu zähmen, brauchen wir den Zusammenschluss vieler in Europa. Das erfordert einen Kurswechsel in der Politik der Union.

I. Eine Europäische Union, die Wohlstand für die Vielen schafft

Die Europäische Union ist in der Lage, für sozial gerechten Wohlstand zu sorgen. Statt Politik für die Konzerne zu machen, ist es möglich, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Dafür muss sich die Politik in der EU aber deutlich verändern. Denn die EU hat sich in eine falsche Richtung entwickelt und das Ziel der sozialen Gerechtigkeit zunehmend aus den Augen verloren. Zu oft erleben wir, wie Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden, bei denen der Profit einiger Weniger über die Bedürfnisse der großen Mehrheit gestellt wird. Dies ist auch Resultat des Einflusses von Unternehmenslobbyismus in Brüssel: 30.000 LobbyistInnen mit mehr als 1 Mrd. Euro Budget sind jedes Jahr in den europäischen Institutionen für ihre Anliegen unterwegs. Nicht einmal zwei Prozent davon vertreten die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der Zivilgesellschaft. Wirtschaftliches Kapital und ökonomische Macht werden für politische Einflussnahme eingesetzt – das ist eine ernste Gefahr für die Demokratie.

Da ist es dann auch nicht weiter überraschend, wenn z.B. die Einführung der Finanztransaktionssteuer seit zehn Jahren zwar breite Zustimmung in der Bevölkerung findet, sich die EU-Mitgliedsstaaten aber nicht darauf einigen können. Wenn die Union zwar einen gemeinsamen Wirtschaftsraum hat, die Länder sich aber seit 2003 sukzessive im Steuerwettbewerb nach unten gegenseitig schaden und Maßnahmen zur besseren Koordinierung fehlen. Wenn sogar die Weltgesundheitsorganisation WHO Glyphosat als krebserregendes Pestizid einstuft, Monsanto und andere aber eine Zulassung innerhalb der Europäischen Union erwirken. Wenn jährlich neue Steuerskandale enthüllt werden und immer noch Konstruktionen erlaubt sind, die Steuerhinterziehung ermöglichen, obwohl die Staaten der EU jährlich um 1000 Mrd. Euro durch Steuerhinterziehung und Geldwäsche betrogen werden. Das entspricht dem gesamten Budget der Europäischen Union für sieben Jahre. Wollen wir die Europäische Union mit all ihren Errungenschaften erhalten, muss mit all dem Schluss sein.

Wir kämpfen weiter

Es ist der harten Arbeit der sozialdemokratischen und anderen progressiven Kräfte in den europäischen Institutionen zu verdanken, dass dennoch Fortschritte im Kampf gegen Steuerhinterziehung gelungen sind. Im Europaparlament wurden die Steuerskandale in mehreren Untersuchungsausschüssen aufgearbeitet, konkrete Gesetzesvorschläge gegen Steuerbetrug, wie zum Beispiel der automatische Informationsaustausch von Kontodaten, ein EU-weites Transparenzregister, oder die hohen Strafen der Kommission gegen Apple und Starbucks, waren das Ergebnis.

Aber es gibt immer noch viele Lücken, die wir dringend schließen müssen. Und Angriffe, etwa auf die öffentliche Daseinsvorsorge oder den geförderten Wohnbau, die wir abwehren müssen. Egal ob Würstelstand oder Onlineriese, die Steuern müssen dort bezahlt werden, wo die Gewinne erwirtschaftet werden. Die Leistungen der Daseinsvorsorge müssen gestärkt – nicht privatisiert – werden, Wohnen muss leistbar sein. Dafür kämpfen wir SozialdemokratInnen. Hierfür braucht es u.a. ein umfassendes Paket für Steuergerechtigkeit und klaren Widerstand gegen Privatisierungs- und Liberalisierungsdruck. Diese Übermacht von Konzerninteressen auf europäischer Ebene muss ein Ende haben. Dafür müssen wir Verbündete suchen und in der nächsten Legislaturperiode des Europäischen Parlaments für einen Kurswechsel sorgen, der die Menschen in den Mittelpunkt stellt. Für einen neuen Kurs in Europa, der für den Wohlstand aller sorgt. Denn wer Europa liebt, muss Europa verändern.

II. Für ein Europa des Zusammenhalts und des Miteinanders

Wir SozialdemokratInnen kämpfen in Österreich und europaweit für soziale Gerechtigkeit. Unser Ziel sind möglichst hohe anstatt niedrige Standards – zum Schutz der ArbeitnehmerInnen und für ein gutes Leben für alle. Heute erleben wir ein Europa, in dem BauarbeiterInnen um 5 Euro in der Stunde in Österreich auf der Baustelle stehen, in dem LKW-FahrerInnen zum Hungerslohn durch Europa pendeln, in dem Pflegekräfte bis zum Umfallen arbeiten. Das wollen wir ändern.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort

Sozialdemokratische Sozialpolitik für Europa hat ein klares Ziel: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ muss ein allgemein gültiges Prinzip in der Europäischen Union sein und wurde

durch die sozialdemokratischen Kräfte im Europaparlament erst kürzlich umgesetzt. Insbesondere die grenzüberschreitende Durchsetzung von Sanktionen gegen Dumpingunternehmen, die Lohn- und Sozialdumping betreiben, ist jedoch längst überfällig.

Als internationalistische Partei war uns schon immer bewusst, dass der Kampf um die Rechte der ArbeitnehmerInnen nicht an nationalen Grenzen endet. Die Situation von ArbeitnehmerInnen in anderen Ländern hat unmittelbare Auswirkungen auf die Situation der ArbeitnehmerInnen in Österreich. Große Konzerne nützen derzeitige Lücken in Schutzbestimmungen, um Arbeitsrechte sowie unsere Lohn- und Sozialstandards anzugreifen und machen damit den Weg frei für Lohn- und Sozialdumping auf dem Rücken einzelner ArbeitnehmerInnen. Konzerne schummeln sich so um ihren Beitrag herum – sie tun dies auf Kosten der einzelnen ArbeitnehmerInnen und auf Kosten der Allgemeinheit. In vielen Branchen in Österreich erleben wir dies täglich: Unterbezahlung, Ausbeutung, Umgehung von Schutzstandards, etc. werden in überwiegender Zahl durch Ausnutzen von Lücken im europäischen Arbeitsrecht und aufgrund fehlender gemeinsamer Regelungen für Konzerne ermöglicht. Wir werden nicht zuschauen, wie ArbeitnehmerInnen gegeneinander ausgespielt werden, während einige Wenige immer größere Profite machen. Wir stehen für klare Regeln, die für alle gelten.

Vorrang für soziale Grundrechte

Gerade der Europäischen Union stehen die Möglichkeiten zur Verfügung, dem Einhalt zu gebieten und sich schützend vor die Mittelschicht zu stellen. Der Beschluss zur Europäischen Säule sozialer Rechte war ein erster Schritt in die richtige Richtung. Doch rechtskonservative Parteien und die schwarz-blaue Bundesregierung setzen alles daran, um deren Umsetzung und neue europaweite Schutzbestimmungen zu verhindern. Anstatt sich unserem Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping anzuschließen, wird in Österreich ein Sozialdumping-Rabatt eingeführt. So spalten sie unsere Gesellschaft und machen sie Schritt für Schritt ungerechter. Der Druck auf Löhne und Sozialleistungen gefährdet aber schlussendlich auch die Stellung der gesamten Europäischen Union, denn am Ende des Tages punktet Europa gerade mit hoher Qualität seiner Produkte, mit Innovation und hohem Lebensstandard. Der Wettbewerb nach unten bei Sozialstandards, Löhnen und Qualitätsstandards macht Europa und Österreich am Ende ärmer. Um Lohn- und Sozialdumping effektiv zu beenden, muss die Europäische Union langfristig ihr Versprechen für alle Mitgliedstaaten wahr machen: Nur durch die sukzessive Angleichung der Sozialniveaus nach oben anstatt nach unten werden wir den Wohlstand in der Union für die Zukunft sichern. Um dies zu erreichen, müssen soziale Grundrechte endgültig Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen erhalten.

Das soziale Europa darf nicht zur leeren Phrase verkommen

Haben wir den Mut von einem besseren Europa zu träumen und bekennen wir uns klar zu einer Veränderung Europas im Interesse der Menschen. Das soziale Europa darf nicht zur Phrase verkommen, sondern muss tagtäglich in unserer Politik Ausdruck finden. Wir sind es, die ein klares Programm haben, das die Situation der arbeitenden Menschen in Europa verbessert. Ein Programm, das ihre Lebens-, Bildungs- und Arbeitschancen im Leben erhöht. Ein Programm, in dem mit einer Jugendgarantie dafür gesorgt wird, dass kein Kind in Europa zurückbleibt. In dem Digitalisierung Möglichkeiten eröffnet und nicht zum Nachteil wird, in dem Datenschutz großgeschrieben wird. Hin zu einem Europa, in dem wir für echte Gleichberechtigung für alle sorgen und die Lohnschere bis 2030 schließen werden. Ein Kurswechsel zu einem Europa mit angemessenen Löhnen und einer Gesellschaft, in der Familie, Freizeit und Arbeit zeitgemäß Platz finden. In dem die Rechte der KonsumentInnen geschützt werden, und in dem die Gesundheit der Menschen höchste Priorität hat. Ein Europa, in dem mit richtiger Investitionspolitik nachhaltig Wohlstand für alle geschaffen wird und in dem Wohnen für alle leistbar ist. Die Sozialdemokratie wird sich immer für die Interessen der ArbeitnehmerInnen einsetzen.

III. Für Weltoffenheit statt Demokratieabbau

Die Europäische Union ist aus der Überzeugung erwachsen, dass wir in Europa universelle Werte und das Bekenntnis zur Demokratie als unteilbar ansehen. Rechtsstaatlichkeit – der Schutz vor Willkür durch die Herrschenden – gehört zu den gemeinsamen Werten, auf die sich die Europäische Union gründet. Eine Missachtung der Demokratie und der europäischen Grundwerte gefährdet nicht nur den Frieden in den einzelnen Ländern, sondern auch ein friedliches Miteinander in Europa. Die zunehmende Demokratiefeindlichkeit und der Autoritarismus in einigen Mitgliedstaaten, angeführt von den rechten und rechtskonservativen Regierungen, untergraben die Fundamente unserer europäischen Gemeinschaft und damit die sich auf Freiheit, Sicherheit und

Recht gründende europäische Nachkriegsordnung. Kein Staat in Europa ist vor diesen Entwicklungen gänzlich gefeit, nahezu überall sind rechtspopulistische und zum Teil rechtsextreme Bewegungen auf dem Vormarsch, die nationale Egoismen in den Vordergrund stellen. Sie sind bereit, die europäische Solidarität zu untergraben und gefährden letztlich das friedliche Zusammenleben in Europa. Im Kampf jeder gegen jeden gewinnen am Ende die Mächtigen. Daher verwundert es nicht, dass Trump, Putin und deren Freunde am lautesten applaudieren, wenn Europa sich spalten lässt. Denn es sind genau diese Machthaber, denen ein schwaches Europa ins Konzept passt. Es ist die Aufgabe der europäischen Gemeinschaft, Machtfantasien autoritärer PolitikerInnen in Schranken zu weisen, Presse- und Meinungsfreiheit zu garantieren und die Zivilgesellschaft zu hören. Denn Kritik ist wesentlich für eine lebendige Demokratie.

Integration und Hilfe vor Ort

Die derzeit ohnehin nachlassende Migration nach Europa wird dazu missbraucht, die egoistischen, nationalistischen und autoritären Entwicklungen voranzutreiben und zu legitimieren. Menschen, die vor Krieg, Verfolgung, Elend und Naturkatastrophen fliehen oder sich in Europa ein besseres Leben aufbauen möchten, werden systematisch entwürdigt, das Sterben von MigrantInnen auf dem Weg nach Europa in Kauf genommen oder gar als politisches Mittel verwendet. Rassismus und Islamfeindlichkeit werden geschürt, Gesellschaften bewusst gespalten. Statt die Integration von Geflüchteten und ZuwanderInnen mit gezielten Maßnahmen zu erleichtern, neigen rechtsgerichtete Regierungen, gerade auch in Österreich dazu, die nötigen Mittel für eine gelingende Einbindung der Zugewanderten in die Gesellschaft zu kürzen.

Dem treten wir entschieden entgegen. Zum einen muss die EU durch gezielte Unterstützung der Herkunftsländer von MigrantInnen und durch eine proaktive Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Friedenspolitik die Ursachen für Flucht und Migration bekämpfen. Zweitens bekennen wir uns dazu, dass die Menschenrechte und die völkerrechtlichen Verpflichtungen unsere Richtschnur für die künftige Migrationspolitik der EU bleiben müssen. Drittens fordern wir ein gemeinsames europäisches Asylsystem mit möglichst raschen Entscheidungen im Geiste der Solidarität. Viertens soll das Prinzip gelten, dass diejenigen, die Flüchtlinge aufnehmen – seien das Staaten, Regionen oder Gemeinden – entsprechende Unterstützung erhalten müssen, damit Integration gelingen kann. Denn Integration ist eine der großen politischen Aufgaben unserer Zeit. Die Europäische Politik muss sich viel stärker als bisher darauf fokussieren.

Europa, ein Leuchtturm der Demokratie und Menschenrechte

Nicht nur gemäß ihren Gründungsdokumenten, sondern auch im Lichte der unheilvollen Rolle Europas in der Weltgeschichte hat die Union in ihrem auswärtigen Handeln die Verpflichtung, ihre eigenen Grundwerte – Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Solidarität – zu verteidigen. Darüber hinaus ist sie der Erhaltung und Förderung von Frieden und Sicherheit sowie dem Ausbau der multilateralen Zusammenarbeit verpflichtet. Gerade in Zeiten, wo weltpolitische AkteurInnen vermehrt die Kooperation mit der Staatengemeinschaft in Frage stellen und ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht nachkommen, braucht es eine starke EU, die sich für die genannten Werte und Ziele einsetzt.

Europa muss ein Leuchtturm für Demokratie und Menschenrechte in der Welt bleiben. In Österreich wie auch in Europa werden wir SozialdemokratInnen das Bekenntnis zur Demokratie, zur Rechtsstaatlichkeit, zur Gleichberechtigung, zur Menschenwürde und zur Freiheit mit allen Mitteln verteidigen. Um glaubwürdig Demokratie zu verteidigen, muss es aber die Europäische Union sein, die auch ihre eigenen demokratischen Strukturen mit Leben erfüllt. Die Stärkung des Europäischen Parlaments, der einzig wirklich demokratisch legitimierten Institution der EU, muss daher erfolgen und die europäische Zivilgesellschaft muss in den EU-Institutionen Gehör finden.

Europa darf nicht Trump werden

Wir werden uns Europa aber nicht von den rechten Spaltern zerstören lassen. Die EU darf sicher nicht in die Hände von Trump, Orbán und ihresgleichen fallen. Europa steht vor einer Weggabelung. Entweder lassen wir es zu, dass die Union durch die Untergrabung der Grundwerte und Fundamente von innen Schritt für Schritt zerstört wird; oder wir verteidigen entschlossen die Grundidee eines demokratischen und weltoffenen Europas und stellen uns den autoritären und illiberalen Tendenzen und jenen, die sie verfechten, entschieden entgegen.

Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus müssen wir entgegentreten, und Schulter an Schulter mit anderen Partnern für eine Politik des Miteinanders kämpfen. Die Sozialdemokratie wird hier immer die treibende Kraft sein. Voraussetzung für Weltoffenheit und ein funktionierendes Europa des friedlichen Miteinanders ist jedoch soziale Sicherheit für alle. Daher lassen wir uns nicht ein auf einen Scheinkonflikt zwischen weltoffenen und pro-europäischen Kräften auf der einen Seite und nationalistischen und anti-europäischen Kräften auf der anderen Seite, den uns die Liberalen in Europa aufzwingen wollen. Denn Sozial- und Arbeitsstandards sind kein Nebenwiderspruch, der hinter dem großen Konflikt zwischen Pro- und Anti-EuropäerInnen zurückstehen muss. Das Gegenteil ist der Fall. Liberale und Konservative schaffen mit ihrer Politik der Deregulierung und des Sozialabbaus in Europa gerade die Voraussetzung und den Nährboden für die nationalistischen Kräfte. In diesem Bündnis ist die Sozialdemokratie keine Partnerin. Sie hat ihre eigene Positionierung. Proeuropäisch, weltoffen und für die Menschen.

Daher beschließt der 44. ordentliche Bundesparteitag der SPÖ:

Die SPÖ wird ausgehend von diesen Überlegungen eine Diskussion starten und sich unter anderem mit den folgenden Fragen auseinandersetzen:

1. Welchen Beitrag kann die Europäische Union leisten für einen starken sozialen Zusammenhalt?
2. Wie können wir die Politik in der Europäischen Union derart nutzen, dass für breiten Wohlstand für viele gesorgt ist?
3. Wie können wir Europa gestalten, dass Kinder und Jugendliche durch die EU gestärkt werden?
4. Wie muss sich die Politik in der Europäischen Union ändern, um Nachhaltigkeit, gute Arbeitsplätze und Innovation zu ermöglichen?
5. Wie können wir die Digitalisierung so gestalten, dass sie den ArbeitnehmerInnen Chancen und Perspektiven eröffnet?
6. Wie können wir der Klimaerhitzung wirkungsvoll entgegenwirken?
7. Wie kann die Europäische Union einen Beitrag leisten, um unsere Gesundheit zu schützen und sichere Lebensmittel zu garantieren?
8. Wie können wir den Herausforderungen der Migration und Integration in Europa begegnen?
9. Wie wollen wir für Gleichberechtigung in ganz Europa sorgen?
10. Welchen Beitrag kann die Europäische Union leisten für eine friedvolle Weltpolitik und eine faire Gestaltung des Welthandels?
11. Wie können wir Demokratie und Rechtsstaat schützen und Nationalismus stoppen?

Denn wer Europa liebt, muss Europa verändern.

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

